

Regierungsratsbeschluss

vom 10. November 2015

Nr. 2015/1811

Ratifizierung der Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz 2016 – 2019 Ermächtigung der KdK zur Unterzeichnung Schreiben an die KdK

1. Erwägungen

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ersucht die Kantone um Ermächtigung zur Unterzeichnung der von ihr ausgehandelten Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz 2016-2019. Die Staatskanzlei hat zuhanden der Plenarversammlung der KdK vom 18. Dezember 2015 ein entsprechendes Schreiben vorbereitet.

Mit der Unterzeichnung der Erneuerung der Rahmenvereinbarung geht auch eine Finanzierungsbeteiligung der Kantone an die im Aktionsplan von E-Government Schweiz aufgeführten Vorhaben einher. Die Finanzierung dieser Vorhaben wird nach Art. 23 der Rahmenvereinbarung von den Kantonen zur Hälfte getragen und untereinander gemäss KdK-Kostenteiler aufgeteilt. Das Kostendach beträgt jährlich insgesamt Fr. 5 Mio. Für den Kanton Solothurn entstehen dadurch jährliche Kosten von ca. Fr. 80'464 (provisorischer Kostenteiler der KdK).

Im Jahr 2016 gilt als Übergangsfinanzierung ein Kostendach von maximal Fr. 4 Mio, welches von Bund und Kantonen ebenfalls paritätisch getragen wird (Kanton Solothurn Fr. 64'371).

2. Beschluss

Das Schreiben an die KdK wird beraten und beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilagen

Schreiben an die KdK
Einführung und Fragen zur Ratifizierung
E-Government Strategie Schweiz (ab 2016)
Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz 2016 – 2019
Schwerpunktplan 2016 – 2019 (Entwurf)

Verteiler

Staatskanzlei (Stabsstelle E-Government, B. Wyler)

Regierungsrat (6)

Amt für Informatik und Organisation (T. Burki)

Kantonale Finanzkontrolle

Staatskanzlei, Vertragsbuch